

N O T I Z E N

aus der 12. Sitzung des Bundesrates vom 16. Februar 1965

<u>Vorsitz:</u>	Hr. Bundespräsident Tschudi	
<u>Abwesend:</u>	niemand	
<u>Schriftführer:</u>	HH. Oser und Weber	
<u>Protokolle:</u>	Die Protokolle der 87. bis 92. Sitzung werden genehmigt.	
<u>Beginn:</u>	8 Uhr 30	<u>Schluss:</u> 12 Uhr 25

Präsidialvorbringen25 Jahre Schweizerische Jugendskilager

Wie der Schweizerische Skiverband (Kommission für Jugendskilager) mitteilt, findet das 25. Jugendskilager vom 2. - 9. Januar 1966 in Lenk statt. Diese Lager stehen jeweilen unter dem Patronat eines Kantons. Im Hinblick auf das Jubiläum wird nun der Bundesrat ersucht, die Patenschaft für den Bund zu übernehmen. Herr Bonvin, der diesen Bestrebungen sehr nahe steht, teilt mit, dass die Patenschaft nicht mit grossen finanziellen Leistungen verbunden sein werde. Angesichts der persönlichen Beziehungen von Herrn Bonvin zu den Jugendskilagern beschliesst der Bundesrat auf Antrag des Vorstehers des EMD, dessen Departement an sich für die körperliche Ertüchtigung zuständig wäre, als Vertreter des Bundesrates in der Patenschaft Herrn Bonvin zu bezeichnen. (*s. Beschlussumschreibung*)

Schriftliche AnträgeVerkehrs- und EnergiewirtschaftsdepartementWahlen der Delegierten für die Generalversammlung und für den Vorstand der Radio- und Fernsehgesellschaft der deutschen und rätoromanischen Schweiz sowie der französischen Schweiz

Herr Schaffner hat die Parteizugehörigkeit der von den regionalen Gesellschaften gewählten Delegierten abklären lassen und ist zu folgenden Feststellungen gelangt:

Unter den Delegierten der französischen Schweiz sind es 5 und nicht 8 Personen, die man der freisinnigen Partei anrechnen kann, unter den Delegierten der deutschen und rätoromanischen Schweiz sind es 11 von 17 Personen. Im Zentralvorstand sind die Freisinnigen untervertreten, indem nur der Präsident, Herr Guinand und Herr Generaldirektor Wettstein (Beamter) der freisinnigen Partei angehören. Nirgends in der Konzession sei festgelegt, dass der Bundesrat Mängel in der proportionalen Vertretung der von den Gesellschaften gewählten Delegierten korrigieren müsse, auf Kosten seiner eigenen Verpflichtung, die Vorschrift von Art. 9 der Konzession zu beachten. Sobald



man sich über den Anspruch auf eine Vertretung geeinigt habe, werde der Sprechende seine Vorschläge für die zu wählenden Damen und Herren unterbreiten.

Der Vorsteher des antragstellenden Departementes bezweifelt die Richtigkeit des Ergebnisses der vorgenommenen Abklärung. Seines Erachtens kommt es nicht darauf an, ob eine Person eingeschriebenes Mitglied einer Partei sei, sondern nur darauf, ob man einer bestimmten Richtung und Weltanschauung angehört. Die Delegiertenversammlung sollte ein Spiegelbild der Geisteshaltung und der Interessen des Schweizervolkes sein. Er erklärt sich bereit, die ganze Liste nochmals zu überprüfen.

Das Geschäft geht wieder an das VED zurück in der Meinung, dass eine gewisse vermittelnde Lösung gesucht werden sollte.

Aussprachen

Arbeitsmethode und Organisation des Bundesrates; Stellungnahme zu den Motionen Schmitt, Genf und den Postulaten Chevallaz und Borel Alfred

Es liegen vor: ein Entwurf des Bundeskanzlers, ein Text von Herrn Bundesrat Wahlen, im Sinne einer kritischen Ueberarbeitung dieses Entwurfes, schriftliche Anregungen von Herrn Bundesrat von Moos.

Der Rat ist mit dem Vorschlag des Bundespräsidenten einverstanden, zuerst eine allgemeine Aussprache durchzuführen und dann zu den Antworten auf die parlamentarischen Vorstösse Stellung zu nehmen.

Die Aussprache ergibt folgende übereinstimmende Stellungnahme.

1. Erhöhung der Zahl der Mitglieder

Man ist darüber einig, dass am Kollegialsystem, am Zweikammersystem und am jährlichen Wechsel des Bundespräsidiums als Grundlagen unseres Staatsrechtes, die sich bewährt haben, festgehalten werden muss. Zweifellos dürfte die Erhöhung der Zahl der Mitglieder eine Entlastung des einzelnen Departementschefs zur Folge haben. Dagegen würde sicher durch eine Erhöhung auf 11 der Grundsatz des Kollegialsystems erheblich geschwächt. Die Erhöhung auf 9 dürfte vom Standpunkt des Kollegialsystems aus noch tragbar sei, erscheint aber aus Ueberlegungen organisatorischer und parteipolitischer Art nachteilig (Minoritätenproblem, Schwierigkeit der Koordination). Der Rat teilt auch die übrigen auf Seite zwei des Antwortentwurfes Wahlen geteilten Befürchtungen. Von einem Redner wird bezweifelt, dass die Kollegialverantwortung bei uns voll spiele. Vor allem wird kritisiert, dass die Initiative des einzelnen Mitgliedes im Hinblick auf Geschäfte, die in den Zuständigkeitsbereich eines andern Departementes fallen, zu kurz komme. Jedes Mitglied hätte gewisse Wünsche über die Lösung von Fragen, die ein anderes Departement angehen. Man spreche aber in der Regel nicht darüber und warte, bis einmal das zuständige Departement damit beginne. Es komme

auch oft vor, dass Geschäfte, die vor den Bundesrat kommen, zurückgestellt werden, weil sie jemand als noch nicht reif bezeichne. Dann geschehe oft lange nichts. Dies dürfte besser werden, wenn der Herr Bundespräsident eine Hilfe bekommt.

2. Schaffung eines dem Bundespräsidenten unterstellten Departementes oder einer entsprechenden Dienststelle

Die Schaffung eines Präsidialdepartementes oder einer besondern Dienststelle für den Bundespräsidenten wird abgelehnt, weil sie die Koordinationsaufgaben des Bundesrates nicht erleichtern. Ebenso kann sich der Rat mit der Schaffung eines zivilen Generalstabes nicht befreunden wegen der damit verbundenen Verwischung der Verantwortlichkeiten, den bestehenden Rekrutierungsschwierigkeiten und der Aufblähung des Beamtenapparates.

3. Entlastung des Bundespräsidenten und des Bundesrates durch einen "Kabinettschef"

Der Vorteil einer solchen Lösung wird allgemein anerkannt. Man ist der Auffassung, dass diese Frage im Sinne eines Ausbaues der Bundeskanzlei zu lösen ist, wobei man in erster Linie an eine Neubesetzung des zur Zeit vakanten Postens eines zweiten Vizekanzlers denkt. Diese Lösung wäre ohne Gesetzesänderung möglich. Dazu wäre zu prüfen wie der Bundeskanzler von der Erledigung einer grossen administrativen Kleinarbeit entlastet werden könnte, um seinen Magistratsfunktionen nachkommen zu können. Der erwähnte "Kabinettschef" könnte durch Uebernahme von Aufgaben von der Art, wie sie im Schreiben von Herrn von Moos aufgeführt sind, den Bundespräsidenten wesentlich entlasten. Es wäre hier vor allem auch für den Gesamtbundesrat wichtig, wenn er in dieser Person, eine federgewandte Verteidigungskraft besitzen würde. Das sei heute nicht der Fall, weil Kanzler und Vizekanzler durch zu viele administrative Arbeit und Spezialaufgaben belastet sind. (Anmerkung des Protokollführers: Protokollführung im Nationalrat bzw. Ständerat, Uebersetzungsdienst, Kriegsvorbereitungen, Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission usw.).

Von einem Redner wird festgestellt, dass in der Oeffentlichkeit vielfach die Meinung bestehe, dass der Bundespräsident mit der Vorbereitung der Sitzungen viel Arbeit habe. Hier sehe er neben der Entlastung durch den "Kabinettschef" keine grossen Möglichkeiten. Er glaube nicht, dass man mit einem Verzicht auf eine Einleitung der Geschäfte der Sitzungen eine grosse Entlastung bringen werde.

4. Entlastung der Departementsvorsteher

Die Meinung, dass hier jeder Departementschef in seinem Departement den besten Weg für eine Entlastung suchen müsse, wird allgemein geteilt. Dabei wäre zu prüfen, ob organisatorische Aenderungen getroffen werden. Das Finanz- und Zolldepartement hat wohl eine gut organisierte Finanzverwaltung. Es fehlt ihm aber für einen Zusammenhalt der vielen Dienste ein Departementssekretariat.

Die Ernennung von 7 eigentlichen Staatssekretären wird aus den im Antworttext Wahlen enthaltenen Gründen abgelehnt, vor allem wieder wegen der damit verbundenen Schwächung der kollegialen Verantwortung und wegen der Probleme, die sich bei einer Wahl aus ihrer politischen Verantwortung ergeben.

Die von einem Mitglied aufgeworfene Frage, ob nicht dahin gewirkt werden sollte, dass die eidg. Räte die Vertretung weniger wichtiger Vorlagen durch einen Abteilungschef akzeptieren sollten, ist umstritten. (Vgl. die Argumente im Antwortentwurf Wahlen). Man neigt offensichtlich mehrheitlich zur Auffassung, dass die negativen Momente psychologischer und politischer Natur überwiegen. Art. 101 BV spricht gegen diese Lösung. Das Recht, an den Verhandlungen der Räte mit beratender Stimme teilzunehmen und Anträge zu stellen, ist den Mitgliedern des Bundesrates reserviert. Es käme daher nach Ansicht der Mehrheit bestenfalls eine Vertretung an Kommissions-sitzungen in Frage oder die Möglichkeit, dass die Abteilungs-chefs im Rate neben ihren Departementschefs Platz nehmen, um ihnen die notwendige Unterstützung mit Auskünften und Dokumenta-tion leichter gewähren zu können. Der Rat gelangt deshalb zum Schluss, diese Frage solle nicht völlig negativ beantwortet werden. Man solle antworten, dass man sich noch weiter abklären müsse.

5. Bemerkungen mehr allgemeiner Art

Vor allem von einem Redner wird darauf hingewiesen, dass viele der Interventionen der letzten Jahre nur äussere Anknüpfungspunkte sind, um einen Malaise Ausdruck zu geben. Während man im Bundesrat eine ausgezeichnete Zusammenarbeit und ein gutes Zusammenleben feststellen könne, sei das Bild, das man sich ausserhalb über Arbeit und Erfolg der Tätigkeit des Bundesrates mache, völlig entgegengesetzt. Man gewähre der Regierung möglichst wenig Unterstützung. Keine Partei fühle sich mehr verpflichtet, sich hinter den Bundesrat zu stellen. Der Bundesrat aller Parteien sei nicht mehr der Bundesrat von irgend jemand. Jede Partei fühle sich nur für ihre zwei Vertreter in der Regierung verantwortlich und nicht für die 5 Mann der Opposition. So greife jede Partei die Bundesräte der andern Parteien an. Aber auch aus den eigenen Reihen habe man Angriffe zu gewärtigen. Man sei weder am Fernsehen, noch am Radio, noch in der Presse in der Lage, eine klare Aufklärungs-politik über die Arbeit des Bundesrates zu machen. Man werde die Politik des Bundesrates auch mit der grössten Beredsamkeit seiner Mitglieder nicht gegenüber einer böswilligen Gegnerschaft durchsetzen können, wenn es nicht gelinge, zu einer besseren Propaganda zu kommen. Dazu gehöre neben der Dotierung der Bundeskanzlei mit der erwähnten "federgewandten Verteidigungskraft" auch der Appell jedes einzelnen Mitgliedes des Rates an die Unterstützung seiner Parteifreunde und seiner Parteipresse.

Zum Schlusse der grundsätzlichen Aussprache stellt der Herr Bundespräsident fest, dass in allen Punkten eine völlige Einigkeit erzielt worden sei. Was die Verbesserung der Arbeit des

Bundesrates an sich betreffe, habe er zusammenfassend vorge-merkt, dass die langfristigen Probleme gründlicher behandelt werden müssen, dass der Ueberblick über die Geschäfte nicht verloren gehen dürfe, dass die Bundeskanzlei in die Lage ge-
setzt werden müsse, diesen Wünschen Rechnung zu tragen und sich auch der Publizität zu widmen. Das Mitberichtsverfahren sei zu rationalisieren und von Uebertreibungen (Bagatellfälle) zu säubern. Der Bundesrat müsse sich bemühen, vermehrten Ein-
fluss auf das Mitberichtsverfahren zu nehmen. Gewisse Geschäfte müssten im Bundesrat diskutiert werden, bevor sie durch Antrag-
stellungen präjudiziert seien.

Was die Aufklärungspolitik betrifft, sollte sich der Bundesrat nicht immer in die Defensive drängen lassen, sondern selber an-
greifen. Der ständige Kontakt mit den Journalisten müsse ge-
pflegt werden.

Stellungnahme zu den Antworttexten

Die Motion Schmitt wird abgelehnt. Sie soll aber im Sinne der
Aussprache noch etwas ausführlicher begründet werden.

Das Postulat Alfred Borel soll im Sinne der Ausführungen im
Texte von Herrn Wahlen beantwortet werden. Man sollte es etwas
kürzen, aber die Frage der Vertretung durch Chefbeamte, trotz
negativer Tendenz, offen lassen und die Prüfung zusichern. Die
Frage des Ausbaues der Bundeskanzlei könnte noch etwas präzi-
siert werden. In diesem Zusammenhang wird an das Begehren er-
innert, einen Vizekanzler italienischer Zunge zu bezeichnen.
Dies brächte nicht die gewünschte Entlastung für Bundespräsi-
dent und Bundesrat, da die vorgesehenen Aufgaben nicht in den
Bereich des Uebersetzungsdienstes fallen. Von anderer Seite wird
bemerkt, dass es besser wäre, hier etwas mehr im Allgemeinen zu
bleiben. Bezeichnung Vizekanzler und Informationsaufgabe wenn
möglich vermeiden.

In Ziffer 3 (S. 3) soll man nicht von "zusätzlichen" Reibereien
sprechen. Es sollten auch einige positive Bemerkungen über die
Intervention eingeflochten werden. Evt. auf Seite 10.

Was das weitere Vorgehen betrifft, ist der Rat der Auffassung,
dass es sich erübrige, eine Expertise im Sinne des Vorschlages
von Herrn von Moos (Expertenkommission aus einem Staatsrechtler,
einem Politiker und einem Betriebswirtschaftler) anzuordnen. Herr
von Moos erklärt, dass sein Vorschlag mehr einen psychologischen
Aspekt gehabt habe. Wenn man die konkreten Vorschläge noch etwas
erweitere, könnte dieser Zweck vielleicht auch erfüllt werden.

Der Herr Bundespräsident übernimmt es, die Antworttexte zusammen
mit der Bundeskanzlei im Sinne der Aussprache zu überarbeiten.

Um 11 Uhr 30 verlässt der Herr Bundespräsident aus
dienstlichen Gründen die Sitzung. Die Leitung der
Verhandlungen übernimmt Herr Vizepräsident Schaffner.

Politisches Departement
und Volkswirtschaftsdepartement

Integrationsfragen

Herr Wahlen führt aus, dass in der öffentlichen Meinung viele Wandlungen im Urteil über die Integrationsfrage festzustellen sind. Wenn nicht alles trüge, werde bei uns jetzt mit dem Vorwurf des Immobilismus gearbeitet. Die Gründe liegen darin, dass kürzlich die EWG eine Krise überwunden hat, während die EFTA auf dem Höhepunkt einer Krise steht. Dazu komme die österreichische Initiative, die Unruhe in Skandinavien, die britische Ungewissheit, die vielen Besuche in Brüssel von EFTA-Vertretern. Durch die bevorstehende Ministerkonferenz in Genf werde die Aufmerksamkeit auf diese Lage noch geschärft. Obwohl keine neuen Initiativen zu ergreifen seien, müsse sich der Bundesrat mit diesem Problem befassen.

Die Voraussetzungen, unter denen wir das Assoziationsgesuch gestellt hätten, seien dahingefallen. (Kein Beitritt Englands, Abweichung von der Solidaritätsbekundung der drei Neutralen). Das politische Risiko eines Beitrittes sei auch grösser geworden, nachdem England nicht in die EWG aufgenommen worden sei. Der Artikel 238 des Römervertrages sei als Basis einer Bindung mit der EWG sehr fraglich geworden. Es sei eine Erstarrung eingetreten in der Ausbreitung der EWG. Die Assoziationsfälle Griechenland und Türkei seien nicht als Präjudizien zu werden. Man lebe nicht mehr in der Zeit, in der ein Hallstein erklärte, dass alle Formen der Assoziation denkbar seien. Die EWG sei wirtschaftlich erstarkt. Die These, dass die Verstärkung der wirtschaftlichen Bindung auch eine Verstärkung der politischen Kraft bringe, habe sich nicht bewahrheitet. Nun seien aber für uns sowohl mit der verstärkten wirtschaftlichen Kraft, wie mit der politischen Zerrissenheit der EWG Gefahren verbunden. Die Möglichkeit zu einer Uebereinkunft mit der EWG zu gelangen, habe sich verschlechtert. Die ursprünglich gefürchteten Diskriminierungseffekte machen sich jetzt bemerkbar. Es habe ein Auseinanderfallen der Blöcke eingesetzt. Die EWG sei weiterhin unser grösster Abnehmer und Lieferant.

Was den Fall Oesterreich betreffe, so werde es sich dort nur um die Regelung von Zollfragen handeln nach dem Mandat, das die Kommission vom Rate bekommen haben soll. Wien dürfte sich des Erfolges nicht vollständig freuen können. Das Vorgehen der Oesterreicher sei eher etwas zaghaft geworden. Ueber die Arrangements, die getroffen werden sollen, bestehe keine Klarheit (Deutschland und Frankreich für Zollunion, Russland mit der Assoziation nicht einverstanden, Italien für Handelsvertrag, Holland und Belgien für Anschluss als Freihandelszone). Es heisse, die österreichische Neutralität sei ein Spezialfall, weil sie Oesterreich auferlegt worden sei, aber über die institutionellen Lösungen, die getroffen werden können, schwebe man völlig im Dunkeln.

Die österreichische Initiative bedeute zwar eine Schwächung der EFTA. Auf längere Sicht könnten sich aber daraus für die beiden andern Neutralen Vorteile ergeben.

Die dänische Minderheitsregierung werde unter Beschuss eines Teiles der Opposition genommen für einen Anschluss an die EWG, obwohl England Dänemarks bester Abnehmer sei. Man sei jedoch zum Schlusse gekommen, das Verbleiben in der EFTA sei die bessere Lösung.

In der Schweizerischen Handelszeitung sei der Vorschlag gemacht worden, die Schweiz solle sich um einen Handelsvertrag mit der EWG bemühen. Diese Forderung werde erfüllt durch die Kennedyrunde. Wir hätten keine andere Alternative, als die Kennedyrunde durchzustehen. Auch wenn nur ein halber Erfolg wirken sollte (25-30 % lineare Zollsenkung), würde ein grosser Teil unserer Sorgen verschwinden. Weder bei der OECD noch im Europarat handle es sich um ein Gremium, in denen man etwas erreichen kann. Wir müssten aber froh sein, dass wir dort Gelegenheit haben zu reden.

Ueber die Genfer Verhandlungen werde man noch in der Finanz- und Wirtschaftsdelegation sprechen.

Ein Redner stellt fest, dass die EWG-Entwicklung begonnen habe mit der Zusammenlegung der Energie (Kohle, Elektrizität) und der Industrie. Später sei man einig geworden über die Landwirtschaft. Der nächste Schritt werde die gemeinsame Währung sein. (Einheitswährung für die 6 Länder der EWG). Man versuche dem Gold vermehrte Bedeutung zu geben.

Ein weiterer Redner stellt fest, dass in der EWG noch so viel politischen Sprengstoff vorhanden sei, dass der Vorwurf des Immobilseins nicht berechtigt erscheine. Man könne sich heute nicht der EWG anschliessen. Die Frage ist, ob die EFTA eine provisorische Notgemeinschaft bleibe oder mehr werde. Ausser der EFTA sehe der Redner keine andere Alternative als die Isolierung. Man müsse alles tun, um die EFTA wieder zu stärken und die Hoffnung auf die Kennedyrunde setzen. Ein vollständiger Misserfolg werde die Kennedyrunde nicht werden. Man sollte jetzt nicht die Oesterreicher imitieren. Unser Immobilismus sei ein Zeichen der Ruhe. Auch die Schweden haben die Ruhe bewahrt. Die EFTA sei auch für den nordischen Markt eine grosse Hilfe gewesen.

Der Vertreter des EVD begrüsst diese Gewissensforschung. "Wir haben alle Ursache, uns still zu verhalten, weil unsere innere politische Situation es gar nicht gestatten würde, einen wesentlichen Schritt vorwärts zu machen. Solange wir die Konjunktur dämpfen müssen, werden nur wenige verstehen, warum wir einen Teil unserer Handelsfreiheit opfern wollen, um uns eine an sich schon zu grosse Prosperität zu sichern.

Insbesondere wäre mit folgenden "Steinen des Anstosses" zu rechnen:

- a) Niederlassungsregime für Angehörige der EWG;
- b) kapitalmässige Ueberfremdung unserer Wirtschaft;
- c) Freizügigkeit bezüglich des Leihkapitals (völlige Angleichung an das europäische Zinsniveau);

- d) satellitenhafte Angleichung unserer Wirtschaftspolitik an diejenige der EWG.
- e) Gefährdung unseres Ansehens als unabhängiges und neutrales Land, wenn wir die Stellung eines Anhängsels zur EWG einnehmen.

Was die EWG künftig sein wird, ist noch wenig klar. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie sich zu etwas entwickelt, das eine bedingte Mitgliedschaft der Schweiz in den Bereich des Möglichen setzt. Da die Assoziationslösung unter dem Unstern der Satellisierungsgefahr steht, haben wir alles Interesse daran, die Entwicklung der EWG weiter zu beobachten. Vielleicht erhalten wir mit der Zeit grössere Klarheit über die angemessene Zusammenarbeitsform."

Was die Londoner Solidaritätserklärung betreffe, sei die Situation eine vollständig andere geworden, vor allem, weil die neue britische Regierung noch nicht eingespielt sei. Man müsse hier mit grosser Vorsicht und Geduld operieren. Die Engländer wollen mit der EFTA wieder in Ordnung kommen; man müsse aber der Regierung noch Zeit lassen. Dem Sprechenden liege daran, dass die nächste EFTA-Konferenz ein Erfolg werde. Wenn die Engländer das jetzt nur zusichern, aber erst später machen wollen, so sollte man einer gewissen Verlängerung zustimmen. Er habe sich mit Minister Lange verständigt, dass man schauen wolle, dass die Engländer eine vernünftige Geste machen.

Der Presse solle man jetzt noch nichts sagen. Wenn man zur Frage der Immobilität Stellung nehmen wolle, so geschehe das besser anschliessend an die Sitzung der Zolltarifkommission vom 18.2.1965 in Schaffhausen. Nachdem heute noch keine Reaktion der Engländer vorliege, sollte man sich nicht aufs Glatt-eis begeben.

Der Vorsteher des EPD erklärt sich mit den Schlussfolgerungen einverstanden. Er hält dafür, dass die EFTA weitgehend retabliert werden könnte, wenn die Engländer 5 % Zollsenkung offerieren würden.

U m f r a g e

Hr. S c h a f f n e r

Verstärkung des Kündigungsschutzes, Italienabkommen

Herr Schaffner hatte eine Aussprache mit Vertretern der Sozialdemokratischen Partei über ihre Eingabe vom 19. Januar wegen der Frage des Aufkaufes von Wohnhäusern und der Geltendmachung des Eigenbedarfs einer Firma, um Wohnungen für die eigene Belegschaft auf Kosten der früheren Schweizer Mieter zu erhalten. Er habe erklärt, dass der Eigenbedarf eingeschränkt werden müsse auf die engste Verwandtschaft. Herr Schaffner ersucht um die Ermächtigung, diese Lösung der Kommission für das Italienabkommen vortragen zu dürfen.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass der schriftliche Antrag vom 13. Februar schon vorliege. Er könne an der Sitzung vom nächsten Freitag behandelt werden.

Fernsehen und Abstimmung vom 28. Februar über die Teuerungs-
beschlüsse

Wie Herr Schaffner mitteilt, hat das Fernsehen Angst wegen der Opposition gegen das Auftreten von Bundesräten zur Verteidigung ihrer Vorlagen im Fernsehen. Man habe ihm nach verschiedenen Vorschlägen, die er ablehnen musste, vorgeschlagen, unter Leitung von Herrn von Känel eine Befragung durch Herrn Goetsch als Befürworter und Herrn Raissig als Gegner zu akzeptieren.

Nachdem Herr Bonvin für das westschweizerische Fernsehen die Teilnahme an einer Sendung unter ähnlichen Voraussetzungen akzeptiert hat, hält der Rat, trotz erheblicher Bedenken, dafür, dass auch Herr Schaffner die Bedingungen annehmen sollte. Es soll aber in beiden Fällen verlangt werden, dass der Sprecher des Bundesrates das Schlusswort erhält.

Hr. C h a u d e t

Besuch von Korpskdt. Uhlmann bei der deutschen Wehrmacht

Herr Chaudet erinnert daran, dass er eine erste Einladung des Verteidigungsministers abgelehnt habe mit der Bemerkung, dass der Besuch jetzt nicht möglich sei. Nun werde angefragt, ob der Besuch im Jahre 1965 möglich wäre.

Der Rat hat keine Einwendungen zu machen. Das letzte Mal wurde die Einladung verschoben, weil die Besuche in einer verhältnismässig kurzen Zeit zu zahlreich geworden waren.

Audienzgesuch des Aktionskomitees gegen den Waffenplatz in den Freibergen

Der Rat ist damit einverstanden, dass Herr Chaudet die Vertreter ^{des} ~~der Gemeinden in den Freibergen~~ ^{Aktionskomitees} empfängt. Der ^{Regierungsrat des} ~~der Kantons Bern~~ soll orientiert werden und ~~der Vertreter des Gemeindedepartements~~ ~~soll zur Sitzung eingeladen werden.~~ sich vertreten lassen.

Hr. W a h l e n

4. Tranche der Zypernhilfe

Der Rat ist damit einverstanden, dass Herr Wahlen in dieser Frage auch diesmal die beiden aussenpolitischen Kommissionen konsultiert.

Hr. S p ü h l e r

Frage eines Sonderpoststempels zur Feier der 150-jährigen Zugehörigkeit des Jura zum Kanton Bern und zur Eidgenossenschaft

Herr Spühler teilt mit, dass er der PTT die Erlaubnis erteilt habe, einen Sonderstempel zu fabrizieren mit der Aufschrift: "150 Jahre Jura und Biel in der Eidgenossenschaft und im Kanton Bern".